

"Europa ist die Heimat der Menschenrechte, und wer auch immer seinen Fuß auf europäischen Boden setzt, müsste das spüren können."

Papst Franziskus bei seinem Besuch auf Lesbos, 16.4.2016

Flüchtlinge – Botschafter weltweiten Unrechts

Diözesanversammlung Saarbrücken 16. April 2016

Während unserer Diözesanversammlung sollte unser Blick nach Lesbos gehen. In offenem Protest gegen die Flüchtlingsabwehrpolitik Berlins und der EU wird Papst Franziskus auf der Insel Lesbos sein. Sein Besuch ist ein Protest gegen die tödliche Abschottung Europas. Der Papst gedenkt heute nicht nur der in der Ägäis ertrunkenen Flüchtling, sondern auch den EU-Haft-"Hotspot" Moria besuchen. Dort werden Flüchtlinge interniert. Deshalb hat das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seine Tätigkeit genauso wie die „Ärzte ohne Grenzen“ dort weitestgehend eingestellt. Sind Berlin und die EU damit bereits in offenen Konflikt mit den Vereinten Nationen geraten, so kommt nun auch ein offener Konflikt mit der katholischen und der orthodoxen Kirche hinzu; Papst Franziskus wird von zwei höchsten orthodoxen Würdenträgern begleitet. Während Papst Franziskus auf Lesbos gegen die Flüchtlingsabwehr der EU Stellung bezieht, sind deutsche Beamte dort im Auslandseinsatz, um den völkerrechtswidrigen Abschiebepakt mit der Türkei umzusetzen. Aktueller könnte unsere Diözesanversammlung nicht sein.

Adolph Kolpings Zeit hat mit der unsrigen eines gemeinsam: Der Schusterjunge Kolping wuchs in Kerpen in einer Zeit eines massiven Umbruchs auf; es war die Zeit der Industrialisierung. Kolping war entsetzt von den oft menschenunwürdigen Lebensbedingungen und Lebensweisen der meisten Handwerksgesellen und Arbeiter. Auch heute erleben wir einen massiven Umbruch: Aus der Industrialisierung Europas gehen wir in eine neue Epoche über: Eine globale Welt. Adolph Kolping gab den Rat: „Die Nöte der Zeit werden euch lehren, was zu tun ist.“ Lehrmeister soll nicht eine diffuse Angst sein, sondern die realen Nöte der Zeit. Fragen wir in seinem Sinne nüchtern: Was lehren uns die Nöte der Flüchtlinge? Was lehren sie uns, was zu tun ist, wenn wir die Augen und Herzen öffnen?

I. Was es heißt, die Fluchtursachen zu bekämpfen

Niemand von uns kann den Bildern der letzten Monate entgehen: Tränengaspatronen auf Menschen, die auf ihrer Flucht vor einem Stacheldraht an der Grenze zwischen Griechenland und Makedonien in eine Sackgasse geraten sind. Und immer noch wagen Menschen in ihrer Verzweiflung die riskante Überfahrt auf Schlauchbooten auf der kurzen Strecke zwischen der Türkei und der griechischen Insel Lesbos – tausende sind dabei umgekommen.

Während diese Bilder die deutsche Öffentlichkeit berührten, Tausende sich aufmachten, um in den Bahnhöfen den flüchtenden Menschen irgendwie zu helfen und Kirchengemeinden kräftig anpacken, um in bewundernswerter Weise die schlimmste Not zu lindern – während all dies geschah, war ich auf den Philippinen, da ich dort eine Gastprofessur innehabe. Ich traf dort auch auf Flüchtlinge. Ich war in einem Flüchtlingslager im Süden, in dem über 4000 Menschen Zuflucht bekommen hatten. Die Menschen waren Hals über Kopf aus den Bergen und ihren Dörfern geflohen, nachdem vor ihrer aller Augen die beiden Führer und der Schulleiter von paramilitärischen Einheiten ermordet waren. Nun kampierten die Menschen unter Plastikplanen, ohne Wasser und Strom auf einem Sportplatz. Was war geschehen? Schon seit Jahren gibt es einen enormen Druck auf das Siedlungsgebiet dieser Menschen. Mächtige Bergbaukonzerne aus Amerika und Australien wollen die Rohstoffe im Boden ausbeuten, doch die Menschen wollen nicht weichen.

Wie sich doch die Bilder gleichen! Das Elend dieser armen geflohenen Menschen vor Augen und die Bilder der Flüchtenden hier bei uns lassen mich fragen: Gibt es hier einen Zusammenhang? Haben wir es mit einem Ausnahmezustand zu tun der wieder aufhört, wenn die Politik das Problem nur anständig managend oder mit einer neuen Normalität?

Dazu ein Zitat, das uns helfen kann, der Wirklichkeit in die Augen zu blicken:

„Das derzeitige Flüchtlingsphänomen in Europa ist nur die Spitze eines Eisbergs. Wir sehen diese Flüchtlinge, diese armen Menschen, die vor dem Krieg, vor dem Krieg und dem Hunger flüchten. Aber an der Wurzel gibt es eine Ursache: ein böses, ungerechtes sozio-ökonomisches System. Auch mit Blick auf die ökologische Krise gilt: Der Mensch muss im Zentrum des Systems, der Politik stehen. Doch das heute dominierende Wirtschaftssystem hat den Menschen an den Rand gedrängt und stattdessen den Gott Geld, das Idol der Stunde, ins Zentrum gerückt. Man muss also an die Ursachen herangehen – da, wo Hunger herrscht, muss man Arbeitsmöglichkeiten schaffen und investieren. Da, wo der Krieg die Ursache ist, muss man sich um den Frieden bemühen. Das herrschende Wirtschaftssystem hat Geld und nicht die Person in den Mittelpunkt gestellt. 17 Prozent der Weltbevölkerung besitzen 80 Prozent des Reichtums. Heute führt die Welt Krieg gegen sich selbst!“

Vom wem mag diese Wort stammen? Es stammt von Papst Franziskus.

Papst Franziskus sagt deutlich, dass wir keine Flüchtlingskrise haben. Mit den Flüchtlingen kommt eine globale Normalität zu uns. Neu für uns ist, dass der Schrecken, der für Millionen Menschen normal ist, jetzt hier erfahrbar wird. Wir bekommen eine Ahnung davon, wie es weltweit zugeht.

Man kann die Flüchtlingskrise als humanitäre Herausforderung betrachten. Dann geht es um Solidarität, Mitgefühl, Helfen. Helfen ist ein Gebot der Stunde. Doch über die Hilfsbereitschaft hinaus müssen wir danach fragen, was die Menschen in die Flucht getrieben hat. In allen Politikerreden wird gefordert, endlich die Fluchtursachen anzugehen. Auf dieser Forderung können sich anscheinend alle einigen. Fragen wir aber genauer nach, was denn mit den Fluchtursachen gemeint ist, die bekämpft werden sollen.

Ich möchte dazu von einer Familie erzählen, die in einem Dorf in Ghana lebt. Ghana ein Vorzeigeland Westafrikas, mit Frieden und freie Wahlen; das Bruttoinlandsprodukt wächst jährlich um vier Prozent und mehr. Und doch wollen viele vor allem eins: weg. Mehr als 170.000 Afrikaner sind im vergangenen Jahr nach Europa geflohen. 71.000 kamen aus Westafrika.

Die EU will nun Fluchtursachen bekämpfen und dafür sorgen, dass sich die Lebensbedingungen in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessern. Die Strategie klingt einleuchtend. Aber sie hat einen Haken: Die EU will nicht nur Hilfe nach Afrika schicken, sie will auch Handel mit Afrika treiben. Aber es ist ein Handel, der die Chancen der Bauern in Afrika verschlechtert. Das versteht man, wenn man dem Weg der Tomaten folgt. Auf den Märkten und Straßenhändlern in Ghana werden keine heimischen Tomaten verkauft sondern Tomaten aus dem Ausland. Sie stammen von den riesigen Agrarkonzernen in Süditalien, die diese Tomaten produzieren und im großen Stil exportieren. Angebaut und gepflückt wurden diesen Tomaten von ghanaischen Flüchtlingen, die Tausende Kilometer weit gereist sind, die die Wüste durchquert und das Meer bezwungen haben, um in Europa genau dasselbe zu tun wie zu Hause: Tomaten zu pflücken.

Wir sehen: Die EU schickt nicht nur Entwicklungshilfe nach Afrika, sie schickt auch Tomaten. Tonnenweise verschiffen europäische Lebensmittelkonzerne ihre Güter in die afrikanischen Hafenstädte: Tomatenmark aus Italien, Milchpulver aus Dänemark, Tiefkühlhühnchen aus Deutschland. In Afrika werden die Waren so billig angeboten, dass viele einheimische Produzenten aufgeben. Die Geflügelwirtschaft in Ghana liegt brach, weil sie mit den Preisen der europäischen Hühnerflügel nicht mithalten kann. Die westafrikanischen Milchbauern kämpfen ums Überleben, und viele Tomatenbauern werden ihre Ernte kaum los. Gleichzeitig stiegen die Importe von ausländischem Tomatenmark. Im Zeitraum von 1998 bis 2013 um das 34-Fache. Die exportstarke europäische Agrarindustrie wird gestützt von milliardenschweren Subventionen. Mehr als ein Drittel des gesamten Budgets der Europäischen Union fließt in Agrarsubventionen. Es gibt noch einen weiteren Vorteil aufseiten der Europäer, über den kaum gesprochen wird: Obwohl das Lohnniveau in Europa im weltweiten Vergleich sehr hoch liegt, verfügen die Tomatenbauern in Italien über ein schier unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften: Flüchtlinge. An einem guten Tag verdienen sie nicht einmal 50 Euro, für mehr als 12 Stunden Arbeit. An einem schlechten Tag verdienen sie nichts.¹ Zurzeit verhandelt die EU mit den Philippinen über ein Freihandelsabkommen: Profitieren wird die Thunfischindustrie, doch – so geben die Beamten kleinlaut zu – die Kleinfischer werden die Leidtragenden sein. Im Klartext: Sie werden arbeitslos und das Herr der Flüchtlinge bilden.

Was genau ist mit der Forderung gemeint, die Fluchtursachen zu bekämpfen? Versteht man unter Bekämpfung von Fluchtursachen ein effektives Management der *Fluchtabwehr*, also die Flucht im Blick oder geht es um die *Ursachen* der Flucht? Die Politiker haben in den letzten Wochen keinen Zweifel daran gelassen: Sie verstehen unter Bekämpfung von Fluchtursachen vor allem ein effektives Fluchtmanagement, das *nicht die Ursachen* der Flucht im Blick hat, sondern *allein die Flucht* selbst.

Im Ergebnis der europäischen Politik sind Millionen Menschen auf der Flucht. Gegen diese rüstet Europa nun auf: mit Stacheldraht, Grenzschutzpolizei und Abschiebungen. Plötzlich werden sogar die Türkei oder Marokko zu sicheren Herkunftsländern, wo sie noch vor kurzem brutale Diktaturen waren. Alles ist Europa offenbar recht, um die Flüchtlinge loszuwerden. Drei Milliarden zahlt Europa, maßgeblich vermittelt durch Angela Merkel, an die Türkei und erste Todestransporte von Flüchtlingen zurück in den Krieg nach Syrien und in den Irak wurden von dort aus bereits organisiert. Europa schaut weg und zahlt, die Summe wird steigen.

¹ Matthias Krupa / Caterina Lobenstein, Ein Mann pflückt gegen Europa. Wie Tomaten aus der EU afrikanische Bauern zu Flüchtlingen machen, in: DIE ZEIT Nr. 51/2015, 17. Dezember 2015, <http://www.zeit.de/2015/51/afrika-eu-handelspolitik-subventionen-armut-flucht/komplettansicht>

Europa ist hieran nicht unschuldig, sondern mitverantwortlich. Doch anstatt den Menschen zu Rettung zu eilen, lässt Europa diejenigen, die fliehen, im Mittelmeer in Massen ertrinken oder an den Grenzen mit Stacheldraht zurückweisen. Anstatt sich über jedes Kind, jeden Mann und jede Frau zu freuen, die der Hölle des Krieges entkommen können, setzt die Politik alles daran, diese Menschen in den Kriegsgebieten festgehalten werden.

Welche Haltung treibt Europa zu einer solchen Politik? Es ist eine Angst des Reichen vor dem Teilen. Diese Angst begründet einen Verfolgungswahn, die Flüchtlinge zu Invasoren werden lässt. Nicht diejenigen, die den Nahen Osten und bedeutsame Teile Nordafrikas destabilisierten und die Waffen lieferten, sind die Aggressoren, sondern diejenigen, die vor den Folgen fliehen und oftmals nur ihr bloßes Leben retten können. Die Abschottungspolitik der Staaten der europäischen Union wird immer mehr zum kollektiven Wahn: Schrankenloser Egoismus nährt einen gefährlichen Verfolgungs- und Verarmungswahn, der droht alle Prinzipien der Menschlichkeit über Bord zu werfen. Auch die Vernunft geht dabei verloren. Kriege sind nur in anderen Teilen der Welt auszutragen, Flüchtlinge von Ländern der Dritten Welt nicht aufzunehmen und den weltweite Reichtum für Europa, die USA und einige wenige Staaten zu sichern – das ist die Logik die der europäischen Flüchtlingspolitik zugrunde liegt.

Angst geht um. Angst verhindert einen klaren Blick auf die Verhältnisse zu haben. Es stimmt einfach nicht, dass Europa durch die Flüchtlinge bedroht werde. Es gibt weder eine Islamisierung noch einen Anstieg von Gewalt- oder Sexualstraftaten. Niemand gerät in Not, weil es Flüchtlinge gibt. Weder brechen die medizinischen Versorgungssysteme zusammen, noch der Verkehr oder das Bildungssystem. Fragt man die Fremdenfeinde auf den Straßen, welche persönlichen Opfer sie denn bereits bringen mussten, wissen sie keine Antwort. Selbst in den pessimistischsten Prognosen der Wirtschaftsforscher sind nennenswerte Opfer auch für die Zukunft nicht zu erwarten. Umgekehrt: Ökonomen sprechen von 0,2 Prozent des deutschen Wachstums im Jahr 2015 durch Flüchtlinge.

Täglich ertrinken derweil Menschen im Mittelmeer, unter ihnen viele Kinder - ihr Tod soll der Sicherheit Europas dienen. Die Verwirrung beginnt bereits mit der Beschreibung des Ausmaßes der weltweiten Fluchtbewegung. Es heißt, dass 60 Mio. Menschen heute auf der Flucht seien. Das sind nur auf die Menschen, die von Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen erfasst werden, also Menschen, die vor kriegerischer Gewalt fliehen. Doch hinzukommen weiter Millionen. Laut einer neuen Studie gibt es im Jahr 2008 weltweit 36 Millionen Menschen, die infolge von Naturkatastrophen auf der Flucht waren, 17 Millionen im Jahr 2009 und über 42 Millionen 2010. Naturkatastrophen- das heißt: Dürre, Überschwemmungen, Flutkatastrophen. Hinzu kommen noch die vielen Menschen, die ihr Herkunftsland auf der Suche nach einem würdevollen Leben verlassen haben. Jeder zehnte Arbeitsfähige aus den Philippinen ist Arbeitsmigrant irgendwo auf der Welt – etwa als Krankenschwester, Bauarbeiter, Kinder mädchen. Man rechnet mit insgesamt 200 bis 300 Millionen Menschen, die unterwegs sind: Flüchtlinge und Migranten. Sie haben eines gemeinsam: Sie fliehen vor Gewalt, Krieg, Not, Hunger, Arbeitslosigkeit, Umweltkatastrophen, weil sie zu Hause nicht mehr leben können.

Für uns Bewohner und Bewohnerinnen des globalen Nordens ist die weltweite Bewegungsfreiheit selbstverständlich. Kaum haben unsere Kinder ihr Abitur in der Tasche, reisen sie in die weite Welt. Ganz zu schweigen von den Managern, die unterwegs sind zu den weltweite verstreuten Produktionsstätten ihrer Konzerne. Doch was für das Kapital gilt, gilt nicht für die Menschen aus dem globalen Süden. An dieser Diskrepanz sehen wir: Was mit schönen Worten „Globalisierung“ genannt wird, ist alles andere als die Schaffung wirklich globaler Verhältnisse für alle Menschen.

Papst Franziskus hat in seinem aufsehenerregenden Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ diesen Fragen seine ganze Aufmerksamkeit gewidmet. Er wirft den reichen Ländern vor, unbekümmert über die Verletzung der Menschenrechte hinweg zugehen:

„Um einen Lebensstil vertreten zu können, der die anderen ausschließt, oder um sich für dieses egoistische Ideal begeistern zu können, hat sich eine Globalisierung der Gleichgültigkeit entwickelt.“ (EG 54)

Der Papst kritisiert einen Lebensstil der Reichen, der weder die Rechte der Menschen noch die Zukunft der Schöpfung achtet. Der Wiener Soziologe Ulrich Brand nennt dies eine „imperiale Lebensweise“. Brand nennt diese Lebensweise „imperial“, weil sie darauf basiert, dass die Produkte von billiger Arbeitskraft andernorts produziert werden, um einen exzessiven Konsum hierzulande aufrechterhalten können und weltweit zugegriffen wird auf billige Ressourcen. „Primark“ oder „Kik“ sind so billig, weil der wahre Preis anderswo bezahlt wird – von den Arbeiterinnen in Bangladesch, China oder auf den Philippinen. Als der Abbau der Kohle in Ruhrgebiet oder hier im Saarland zu teuer wurde, wanderten die Konzerne nach Südafrika, Kolumbien oder die Philippinen aus. Dort wird nun die Kohle abgebaut und nach Europa verschifft – doch die Löhne sind dort niedriger, die Arbeitsbedingungen oftmals katastrophal wie die zahlreichen Unfälle und Tote belegen, soziale oder ökologische Standards gelten vielerorts nicht. In China kamen im Jahre 2013 bei einem Abbau von 100 Millionen Tonnen Kohle 1384 Arbeiter ums Leben. Der imperiale Griff nach Öl hat den Nahen Osten in Brand gesetzt. Wundern wir uns dann, dass die Menschen fliehen? Hilft es dann wirklich zu sagen, dass man unterscheiden müsse zwischen Menschen, die ihrem Elend entkommen wollen, und denen, die vor Krieg und Gewalt fliehen?

Die UN-Konferenz zu Entwicklungshilfe hat im letzten Jahr eine Studie veröffentlicht, nach der doppelt so viel Geld aus den armen Ländern des Südens in die Industriestaaten wie umgekehrt. Seit der Finanzkrise 2008 „verlieren die Entwicklungsländer mehr als zwei Dollar für jeden Dollar, den sie bekommen“, ist das Fazit einer Studie der Entwicklungsorganisation. Die klassische „Entwicklungshilfe“ aus Steuergeldern macht bei den Kapitalflüssen nur einen kleinen Teil, nämlich 90 Milliarden aus; etwa 30 Milliarden kommen zusätzlich von privaten Spendern. Fast 500 Milliarden fließen als Direktinvestitionen, die Firmen in den Entwicklungsländern anlegen. Und etwa 350 Milliarden Dollar senden Migranten aus den Industriestaaten an ihre Familien in Afrika, Asien und Lateinamerika.²

Die prekären, schlimmen Lebensverhältnisse, denen Menschen zu entkommen suchen, sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind gemacht. Sie sind das Ergebnis einer Politik, die die Interessen der Ökonomie über die Rechte der Menschen und der Person stellt.

II. Globalisierung von unten und weltbürgerliches Recht

Wenn das unsere Welt ist, was ist dann vernünftig und realistisch? Für immer mehr Menschen bietet die Flucht nach Europa die letzte Hoffnung, dem Elend und der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Dabei sind die Flüchtlinge aber nicht nur Opfer; sie sind auch Handelnde, die auf eine andere, eine soziale Globalisierung „von unten“ aufbauen. Laut Weltbank überweisen die Arbeitsmigranten und Flüchtling 440 Mrd. Dollar in ihre Heimatländer. Das ist der dreifache Betrag der Entwicklungshilfe. Mit dem Geld unterstützen sie ihre zurückgelassenen Familien,

² UN-Konferenz zu Entwicklungshilfe, Arm finanziert Reich, in: taz vom 17.7.2015, <http://www.taz.de/!5213683/>

bezahlen die Schulausbildung oder Medizin. Die Menschen aus dem Süden wissen nur zu gut, dass sie Wege finden müssen, wie sie in einer aus den Fugen geratenen Welt überleben können. So schicken sie ein Familienmitglied in den reichen Norden. Beispiel: Die Bundesrepublik Deutschland hat in einem Vertrag mit der Regierung der Philippinen vereinbart, dass Krankenschwestern zu uns kommen können. Allein im ersten Jahr 2014 sollen 500 philippinische Schwestern helfen, Lücken im Pflegebereich hiesiger Kliniken zu schließen. Die Philippinen sind weltweit führend als Arbeitskraft exportierendes Land. Rund 9.4 Millionen Filipinos und Filipinas leben und arbeiten im Ausland. Sie überwiesen allein im Jahr 2011 rund zwanzig Milliarden US-Dollar in die Heimat. Bischof Ramento aus den Philippinen sagte dazu auf einer Kirchenkonferenz in England:

„Die Philippinen sind reich an natürlichen Rohstoffen wie Gold, Eisen und fruchtbarem Land, aber auch an Arbeitskräften. Wir haben viele qualifizierte Arbeiter, Ärzte, Ingenieure und Krankenschwestern. Warum ist es dann ein unterentwickeltes Land, in dem Kinder an heilbaren Krankheiten wie Lungenentzündung und Durchfall sterben? Weil unsere qualifizierten Fachkräfte in den Mittleren Osten exportiert werden und unsere Ärzte und Krankenschwestern in den USA oder England sind. Wir haben Millionen von Dollars aufgewendet, um sie zur Schule zu schicken, aber jetzt sind sie hier (in Europa). Manchmal haben wir dadurch den Eindruck, dass die armen Filipinos damit indirekt eure Ausbildung hier in England subventionieren.“

Tausende Familien auf den Philippinen überleben nur, weil sie wenigstens eine Tochter irgendwo im reichen Norden unterbringen konnten.

Welche Antwort geben wir auf diese Lage der Menschen?

Papst Franziskus ist Realist, wenn er den Grund für die Katastrophe benennt, in der sich unsere Welt befindet: „17 Prozent der Weltbevölkerung besitzen 80 Prozent des Reichtums.“ Diese Ungerechtigkeit ist die wahre Fluchtursache, die bekämpft werden muss. Die Menschenrechte sprechen vom Recht eines jeden Bewohners dieses Planeten auf ein Leben in Würde. Der Anspruch auf Zuflucht vor politischer Verfolgung hat Verfassungsrang in Deutschland. In Europa gelten die Grundrechtecharta und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Genfer Flüchtlingskonvention ist weltweit in 147 Staaten gültig. Auf dieser Grundlage haben Flüchtlinge ein Recht auf eine faire Prüfung ihrer Schutzbedürftigkeit. Den Schutzanspruch von Flüchtlingen kann man weder in Frage stellen noch kontingentieren. Für die Bundesrepublik ist der Schutz von Flüchtlingen eigener Anspruch und Verpflichtung zugleich. Es ist eine juristische Tatsache: Flüchtlinge zu schützen ist eine humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, die keiner Kosten- Nutzen-Rechnung unterliegen darf. Das Asylrecht in unserer Verfassung, die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und andere Regelungen sind die teils gemeinsame Antwort vieler Staaten auf die Grausamkeiten von Krieg, Völkermord, Verfolgung. Nachdem Millionen von Menschen vor der Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus fliehen mussten oder dagegen kämpften, schrieben die Mütter und Väter des deutschen Grundgesetzes dem Schutz Verfolgter eine zentrale Bedeutung zu. Das Asylrecht – so wichtig und schützenswert es ist – kommt aus einer gänzlich andern Zeit. Für die Bundesrepublik sind das Asylgrundrecht, die europäische Gesetzgebung und vor allem das Völkerrecht verbindlich – auch dann, wenn es Geld kostet. Wer das in Frage stellt, stellt unseren modernen Rechtsstaat in Frage.

Hier wird die Herausforderung benannt, vor der wir stehen. Wer diese Herausforderung verdrängt und nicht wahrhaben will, der gibt falsche Antworten. Die bestehenden internationalen Abkommen und nationalen Asylgesetze können auf diese vielfältigen Fluchtgründe bislang

keine angemessene Antwort geben. Auch Mauern, Zäune und Patrouillenboote helfen nicht wirklich weiter. Menschenrechte sind die Antwort auf die Frage, wie wir in einer globalen Welt zusammenleben wollen. Wer es sich also nicht zu einfach machen will, der muss eine Antwort finden, die der Würde aller Menschen, dem Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde gerecht wird.

Wer die Augen nicht vor den Schicksalen, denen Menschen entfliehen wollen und die sie zur Flucht treiben, der kann sich auf jene Prinzipien beziehen, welche das globale Zusammenleben eigentlich leiten sollen: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Man kann es auch mit den Worten der Biebl sagen: „Einen Fremden sollst du nicht ausnützen oder ausbeuten, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen.“(Ex 22,20) Das ist nicht nur schön gesagt, sondern die einzig realistische Perspektive, den Weltproblemen Herr zu werden.

Aus diesen Grundlagen ergeben sich drei Orientierungspunkte:

1. Alle Menschen sind gleich

Aus biblisch-theologischer Sicht gibt es keine Einteilung der Menschen nach Nützlichkeitskategorien, Herkunft, Klasse, Geschlecht, Religion oder schlicht Rassismus. Vielmehr gilt der Grundsatz der Gleichheit aller Menschen. Er hat seine Wurzeln in der jedem Menschen zugesprochenen Würde, die in den Menschenrechten durchbuchstabiert wird. .

2. Gerechtigkeit für alle

Wenn alle gleiche Würde haben, dann haben alle auch gleiche Rechte. Deshalb ist Gerechtigkeit der Maßstab.

3. Die Innenseite der Gerechtigkeit ist die Solidarität

Solidarität ist die Übersetzung des biblischen Wortes „Liebe“ und meint die Verantwortung für das Gemeinwesen, das Einstehen für die Rechte und Interessen der anderen, insbesondere der Schwächeren.

Diese drei Grundsätze der Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen auch die Menschenrechte. Sie sind der Maßstab, an ihnen entscheidet sich die Grundhaltung gegenüber Flüchtenden.

Die weltweite Migration drückt nicht nur Ungleichheit und die Vernichtung von Lebensgrundlagen in den Herkunftsländern aus, sondern ist auch Ausdruck eines Beharrens der Flüchtenden auf ein Leben in Würde in dieser einen Welt. Auch die Flüchtlinge, die sich auf den weiten Weg aus dem geschundenen Irak oder den zerbombten Städten Syrien zu uns gemacht haben, zeigen, welche Kraft und welche Hoffnung in ihnen steckt. Zu Hunderttausenden haben sie, denen man das Recht auf Leben in Würde abgesprochen hat, sich der Festung Europa widersetzt und sich ein Weltbürgerrecht erkämpft. Sie haben eine globale Bewegung der Menschlichkeit bei uns in Gang gesetzt. Diese Menschlichkeit macht vor keiner Grenze halt. Kein Militär, keine Tränengasbombe war sie auch noch so gut gerüstet, konnte sie zurückhalten.

Gerade angesichts der Fluchtursachen aber auch die Ängste der hiesigen Bevölkerung wird es darauf ankommen, Verhältnisse zu schaffen, wie sie alle Menschen haben „Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten

Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ So lautet die wunderbare Formulierung in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Artikel 28. Das eskalierende Krisengeschehen zeigt, wie dringend nötig es ist eine soziale und internationale Ordnung ist, in welcher die Rechte der Menschen verwirklicht werden können. Eine solche soziale und internationale Ordnung müsste heute vor allem eines: Sie müsste der Tatsache gerecht werden, dass zu einer globalisierten Welt auch Formen globaler Migration zählen. Globalisierung und Migration sind die zwei Seiten einer Medaille. Wer Globalisierung will, der muss auch Migration akzeptieren. Wer das nicht akzeptiert, der tut so, als könne man ein Europa aufbauen, das seinen Reichtum auf der Armut der anderen aufbaut. Und dann glaubt, man könne sich in Grenzen vom Recht der Welt abschotten. Gerade Deutschland hat von der Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Europa und die Globalisierung so organisiert, dass es seinen Nutzen daraus gezogen. Deshalb haben wir keine Flüchtlingskrise. Wir haben eine Gerechtigkeitskrise, eine Krise der Solidarität.

III. Die Flüchtlingsfrage deckt die Ungerechtigkeit hierzulande auf

Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung sind verbreitet und auch verständlich, denn für viele Menschen auch bei uns ist das Leben tatsächlich hart geworden. Schuld daran sind allerdings nicht die Zuwanderer, sondern eine Politik des Sozialabbaus, welche in den letzten Jahren zu einer großen Verunsicherung geführt hat. So wurden Sozialleistungen wie Rentenanprüche gekürzt und die Daseinsvorsorge den Menschen als ihre „Eigenverantwortung“ aufgehast. Die Position der Gewerkschaften wurde geschwächt, der Lohn gedrückt, die Arbeitszeit massiv flexibilisiert und der Arbeitstag entgrenzt. Der Sonntag steht unter Dauerbeschuss. Menschen haben Angst bei Arbeitslosigkeit, in „Hartz IV“ abzurutschen. Ein Fünftel der Beschäftigten gehört mittlerweile zum sogenannten Niedriglohnsektor. Ein Fünftel der deutschen Bevölkerung ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, während sich am anderen Ende der Einkommenspyramide riesige Vermögen aufbauen. Das Rentenniveau sinkt weiter. Waren im Jahr 2003 noch rund 250 000 Senioren auf Sozialleistungen angewiesen, so dürften es im letzten Jahr eine halbe Million gewesen sein. Fast eine Million über 65-Jährige gingen 2015 einem Minijob nach, um ihre Rente aufzubessern. Daran sind die Zuwanderer nicht schuld. Und sie aus Deutschland fern zu halten, wird das Problem nicht beheben. Diejenigen, die ihren Frust und ihre Ängste auf Ausländer projizieren, haben sich den falschen Gegner gesucht!

Staaten haben Botschafter. Botschafter sind hoch gestellte Personen, werden mit Achtung und Privilegien behandelt. Auch Flüchtlinge sind Botschafter. Sie sind Botschafter weltweiten Unrechts und einer voranschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlage zahlreicher Menschen. Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus, seit 1989 sind über 30 Millionen Menschen an Hunger gestorben – und das in einer Welt, die genug für alle hat. 6, 5 Mrd. Menschenleben derzeit; es gibt Lebensmittel für über 12 Mrd. Mit den Flüchtlingen, die zu uns kommen, kommen die Botschaft weltweiten Unrechts. Europa ist nicht die Insel des Wohlstands, der Sicherheit und der Stabilität, sondern Europa ist Teil der globalen Normalität von Not, Elend, Vertreibung, Flucht. Deutschland hat seinen Anteil an diesem Unrecht.

Flüchtlinge haben ein Botschaft: Ihre Botschaft ist das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard für alle, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt. Doch lange wollte Europa diese Botschafter nicht hereinlassen. Man machte die Außengrenzen dicht, bis es für die Humanität kein Durchkommen mehr gab. Europa hat versucht, sich die Botschafter weltweiten Unrechts vom Hals zu halten. Mindestens 23.000 Menschen mussten für diese Politik mit ihrem Leben bezahlen. Sie ertranken vor den Mauern, die um Europa gezogen wurden. 23.000 Menschenleben, die hätten gerettet werden können. Die deutsche wie auch die europäische Politikelite verkündet regelmäßig nach jedem größeren Unglück ihre

Trauer, dabei hätten sie die Menschen retten können und haben somit auch deren Blut an den Händen. Doch der Druck wurde immer größer. Schließlich war kein Halten mehr. Mauern, Stacheldrähte und Dublin-Abkommen I bis III hielten nicht mehr. Die Botschafter weltweiten Unrechts, weltweiter Kriege sind jetzt hier. Sie sprechen von weltweiten Kriegen, von Unrecht und Ungerechtigkeit. In der Flüchtlingskrise werden wir nicht nur mit dem weltweiten Unrecht konfrontiert. Wir bekommen auch die Folgen der falschen Politik zu spüren, unter der auch der arme Teil der deutschen Bevölkerung seit Jahren hierzulande zu leiden hat. Wir haben keine Flüchtlingskrise, die sich allein lösen ließe. Wir haben eine Gerechtigkeitskrise. Mit Jesajas Vision müssen wir dafür sorgen, dass Gerechtigkeit für alle in diesem Land aufgerichtet wird, damit Wolf und Lamm in Frieden miteinander leben können. Und Gerechtigkeit wird Frucht des Friedens sein.

Doch nicht erst seitdem Flüchtlinge ins Land kommen, haben wir ein Wohnungsproblem. Seit Jahren liegt der soziale Wohnungsbau seit Jahren auf dem Boden. Der Wohnungsmarkt wurde immer stärker Objekt von Spekulation im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Von den ehemals 6 Millionen Sozialwohnungen, die es in Deutschland einmal gab, sind gerade einmal 1,4 Millionen übrig geblieben. Aus der Wohnung ist eine Ware geworden, mit der man richtig viel Geld verdienen kann, auch dann, wenn Wohnungen leer stehen. So stehen allein im schick wieder aufgebauten Dresden über 10.000 Wohnungen leer. In Deutschland sind es über 1,7 Millionen Wohnungen. Selbst wenn man alle in diesem Jahr nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen in leer stehenden Wohnungen unterbringen würde, stünden noch immer weit über eine Million Wohnungen leer.

Es heißt: Nur wenn wir weitere Ausnahmen vom Mindestlohn zulassen, haben Flüchtlinge eine Chance am Arbeitsmarkt. Die immer schon gegen den Mindestlohn waren, die immer schon Horrorgemälde gezeichnet haben, wenn es zum Mindestlohn kommt, lassen nicht locker. Der Mindestlohn von 8,50 Euro schützt auch nicht vor Armut. Nötig wären 11,50 Euro, damit man wenigstens im Alter nicht auf die Grundsicherung angewiesen ist. Wie wichtig die Integration in den Arbeitsmarkt für ein Gelingen der Integration entscheidend ist, ist unbestritten. Um alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, sowohl deutsche wie auch Flüchtlinge, brauchen wir für alle ausnahmslos eine armutsfeste Lohnuntergrenze. Es darf keine zweite Lohnlinie für Flüchtlinge geben, wie manche Arbeitgeber fordern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - das gilt auch für Einheimische und Flüchtlinge.

Es heißt: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise kostet Geld. Die Bundesregierung rechnet damit, dass die Aufnahme der Flüchtlinge 10 Milliarden Euro kosten wird. Der Finanzbedarf mag sogar höher sein. Seit Jahren leiden wir unter einer Finanzpolitik, die durch eine ungerechte Steuerpolitik den Reichtum unseres Landes von unten nach oben umverteilt hat. Deutschland ist das Land in Europa mit der tiefsten Kluft zwischen Arm und Reich. Doch es gibt nicht nur private Armut, auch eine öffentliche Armut. Dann werden Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen oder für die Instandhaltung von Straßen ist kein Geld mehr da.

Damit der arme Teil der deutschen Gesellschaft nicht gegen die Arme, die als Flüchtlinge zu uns kommen, ausgespielt werden, sie nicht um dieselben schlecht bezahlten, prekären Jobs, nicht um dieselben schlechten Wohnungen konkurrieren müssen, müssen wir die Gerechtigkeitsfrage stellen. Mit den Flüchtlingen kommt die Gerechtigkeitsfrage auf die Tagesordnung. Die Flüchtlinge, jene Botschafter weltweiten Unrechts, die jetzt unter uns sind, bringen uns eine Botschaft: Die soziale Krise in unserem Land und die weltweite Flüchtlingskrise können nur gemeinsam gelöst werden. Jetzt muss sich zeigen, was Europa die Menschenrechte wirklich wert sind. Jetzt muss sich zeigen, wie Europa die Menschenrechte verteidigt. Europa lebt

nicht vom Euro; es lebt von den Menschenrechten. Europa lebt davon, dass es die Menschenwürde und die Menschenrechte aller schützt.

Was würde aus einem Europa, das nicht auf Abschreckung und Abwehr sondern auf seine viel beschworenen Menschenrechte, auf Gerechtigkeit und Solidarität setzt? Statt dem Dublinabkommen, das geografisch die Lasten ungerecht zugunsten Deutschlands verteilt hat, würden diejenigen Länder, die Flüchtlinge aufzunehmen bereit sind, eine europäische Finanzierung für die dazu erforderliche Infrastruktur erhalten. Dies würde einen Wachstumsimpuls auslösen, so wie ihn Deutschland 2015 durch öffentliche Investitionen zugunsten der Flüchtlinge erlebt hat. Zugleich wäre dies ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern bei, der es dann auch für Flüchtlinge attraktiver macht, dorthin zu gehen. Portugal hat seine Hilfe schon angeboten. Diese Option verwandelt die Flüchtlingskrise in eine Chance für Solidarität, Gerechtigkeit aber auch Wachstum und Zusammenhalt in Europa.

Für mehr Solidarität und Gerechtigkeit bei der Durchsetzung sozialer Rechte bräuchte es den Mut zu einer Vermögensabgabe, zu einem höheren Spitzensteuersatz, zu höheren Steuern auf hohe Erbschaften und auf den Luxuskonsum. Dann kann der Staat dort investieren, wo es keine Rendite zu erzielen gibt: in Bahn, Rad und Busse, in eine umweltverträgliche Energiewende, in sozialverträgliche Wohnungen, in die Betreuung von Kindern aus prekären Verhältnissen. Würde die Kluft zwischen wachsendem privatem Reichtum und öffentlicher Armut geringer, das Land gerechter. Allein die Einführung der Kapitaltransaktionssteuer auf alle Börsengeschäfte von nur 0,05 bis 0,1 Prozent würde zu Mehreinnahmen von jährlich bis zu 30 Mrd. Euro führen. Wenn die Klage aufkommt, dass die Flüchtlingskrise Geld kostet, dann wäre es jetzt an der Zeit, endlich eine gerechte Steuerpolitik zu machen.

Wir müssen den Superreichtum in diesem Land in den Blick nehmen. Das Vermögen der reichsten 1 Prozent, etwa 800.000, ist genau so groß wie das Vermögen der übrigen 80 Millionen Deutsche. Die untere Hälfte der Gesellschaft in Deutschland muss sich gerade einmal ein Prozent des gesamten Vermögens teilen. Diese Ungerechtigkeit ist nicht vom Himmel gefallen.

Die Politik hat oben die Vermögenden, die Reiche und die Unternehmen steuerlich entlastet. Gekürzt wurde dafür unten: Bei den Arbeitslosen, den Hartz IV Beziehern und den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Die wirkliche tiefe Spaltung in Deutschland ist nicht die Spaltung zwischen den Deutschen und den Flüchtlingen, die zu uns kommen, sondern die Spaltung zwischen Arm und Reich. Wenn wir es schaffen, diese Spaltung mutig anzugehen, dann schaffen wir es auch, die Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Krieg und Unrecht zu uns fliehen.

Nach einer aktuellen Studie der englischen Hilfsorganisation Oxfam werden im nächsten Jahr ein Prozent der Weltbevölkerung so viel besitzen wie alle anderen zusammen. Eine weitere Berechnung zeigt, dass das Vermögen der 80 reichsten Menschen sich in den fünf Jahren zwischen 2009 und 2014 verdoppelt hat und sie genauso viel besitzen wie die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung zusammen. Diese Ungerechtigkeit kann nicht gut gehen. Glauben wir wirklich, die Menschen im armgemachten Süden schauen angesichts dieses Unrechts einfach tatenlos zu? Glauben Sie wirklich, dass solche Verhältnisse der Ungerechtigkeit Bestand haben können?

Wie ernst es Papst Franziskus mit den sozialen Menschenrechten ist, zeigt der Papst, indem er in seiner Enzyklika zur Schöpfungsgerechtigkeit die Bischöfe von Neuseeland zitiert. Mit ihnen fragt er, was das Gebot „Du sollst nicht töten“ bedeute, wenn „zwanzig Prozent der Weltbevölkerung Ressourcen in solchem Maß verbrauchen, dass sie den armen Nationen und den kommenden Generationen das rauben, was diese zum Überleben brauchen“ (95).

Meine Generation hat die Eltern gefragt. Wo wart ihr als Millionen Juden und andere umkommen. Was werden wir unseren Kindern und Enkeln sagen, wenn sie uns fragen: Wo wart ihr, als Europa einfach die Grenzen hochzog und sich daran machte, vor Krieg und Terror flüchtenden Menschen dem Tod im Meer und vor Euren Mauern um Europa einfach preiszugeben?

Gegen die Angst müssen wir neu Vernunft und die humane Haltung der Solidarität, Menschlichkeit und der Menschenrechte lernen. Dann eröffnen zeigen sich vernünftige und humane Alternative für ein menschenwürdig handelndes Europa, das seine Werte und Grundlagen nur verteidigen kann, wenn es nach diesen auch handelt:

- Schaffung sicherer Fluchtwege. Die Flüchtlinge vor Krieg und Vernichtung müssen rettendes Ufer ohne Todesgefahr erreichen.

- Konsequente Friedenspolitik, Ende des Waffenexports und Einsatz aller diplomatischen Mittel, um einen Kompromiss in umkämpften Regionen zu erringen. Dies bedeutet auch eine Beendigung des Bündnisses mit Saudi-Arabien.

- Aufnahme aller Kriegsflüchtlinge, eine kontingentbezogene Verteilung innerhalb Europas: Asylanträge müssen so wenig gestellt werden wie damals bei den bosnischen Flüchtlingen. Nach Beendigung der Kriege wird ein Großteil der Flüchtlinge in die Heimat zurückkehren. Bis dahin ist ihnen uneingeschränkter Schutz zu gewähren.

- Stopp der Demontage des Menschenrechts auf Asyl.

- Und vor allem: Bereitschaft zum Teilen. Europa muss aufwachen und seinen imperialen Lebensstil auf Kosten armer Völker in den Ländern der Dritten Welt beenden. Anstatt von der Armut der anderen zu profitieren, muss der Wohlstand weltweit gerechter verteilt werden.

Wir sollten von Adolf Kolping lernen. Er hatte den Mut zu sagen: „Die Nöte der Zeit werden euch lehren, was zu tun ist.“ Wir müssen lernen, dass nur ein wirklich globales Denken weiterhilft. Wir leben in einer globalen Welt leben, die miteinander verbunden und verwoben ist. Die Bekämpfung der Fluchtursachen fängt deshalb bei uns an. Die Spaltung verläuft nicht zwischen den Flüchtenden und den Einheimischen, sondern zwischen arm und reich. Wir brauchen eine gerechte Politik bei uns und andere Handelsbedingungen, andere Produktions-, Verteilungs- und Konsummuster, damit für alle Menschen auf dieser Erde ein Leben in Würde möglich wird. Solange unser Wohlstand in Europa mit Ungerechtigkeiten zu Lasten anderer einhergeht, werden immer wieder neue Fluchtursachen geschaffen. Wer die Fluchtursachen bekämpfen will, der muss von den globalen und universellen Menschenrechten ausgehen. Nur dann, wenn ein würdevolles Leben aller möglich ist, wenn niemand mehr seinen eigenen Wohlstand auf der Armut anderer aufbaut, wo niemand mehr aufgrund von Krieg und der Zerstörung von Lebensgrundlagen zur Flucht getrieben wird, sind die Fluchtursachen beseitigt. Wie sagte doch Adolph Kolping stammt der Satz: „Die Nöte der Zeit werden euch lehren, was zu tun ist.“ Nehmen wir uns seinen nüchternen Rat zu Herzen.